

33 20 OKT 1914

Nummer 43

Hamburg, den 24. Oktober 1914

27. Jahrgang

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

### Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgebühren), bei Zufendung unter Kreuzband M. 2,30

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittags 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die befristete Zeile oder deren Raum berechnet

### Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe.

Nach dem Ausbruch des Krieges, als sich die schimmern wirtschaftlichen Wirkungen in ihrer ganzen Schärfe äußerten, tauchte in den Kreisen der Gewerkschaften der Gedanke auf, zu versuchen, ob sich nicht durch ein zielbewusstes Zusammenarbeiten mit den Unternehmerorganisationen etwas gegen die gewaltige Arbeitslosigkeit tun ließe. Man sagte sich, daß die sonstigen Gegensätze zwischen Arbeiter und Unternehmer nicht verhindern dürften, dort zusammenzuwirken, wo die beiderseitigen Interessen es erheischen. Das traf in diesem Falle zu: an der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit sind beide, Arbeiter wie Unternehmer, wirtschaftlich interessiert, und die Anregung dazu wird natürlich größere Wirkung haben, wenn sie von beiden Seiten gemeinsam ausgeht.

In dieser Auffassung richtete der Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiterverbandes nach vorausgegangener Verständigung mit den andern interessierten freigewerkschaftlichen Zentralverbänden und auch mit den hiervon berührten christlichen und kirchlich-Dumderstigen Verbänden ein Schreiben an den Vorsitzenden des Reichsbundes baugewerblicher Arbeitgeberverbände, in dem es unter anderem hieß:

Die durch den Krieg herbeigeführte Störung im Wirtschaftlichen schädigt gleichermäßen Arbeitgeber und Arbeiter. Die gemeinsame Notlage drängt den sonstigen Gegensatz der Interessen zurück und hat bereits in mehreren Fällen die Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter zu gemeinsamen Beschlüssen und Maßnahmen zusammengeführt. Diese Beispiele sind gewiß nachahmenswert. Es scheint und aber durchaus geboten zu sein, daß während des Krieges die beiderseitigen Organisationen in noch engerer Berührung treten, eine Art Arbeitsgemeinschaft bilden müssen, um die jetzigen Aufgaben auf dem gemeinsamen Interessengebiet systematisch und energiegeland in die Hand zu nehmen.

Der Zweck dieses Zusammengehens der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften müßte in erster Linie sein, einen verstärkten und nachhaltigen Einfluß auf die Behörden im Reich, in den Bundesstaaten und den Gemeinden, desgleichen aber auch auf das private Publikum dahingehend auszuüben, daß alle Mittel angewendet werden, um das Baugewerbe mit Arbeitsaufträgen zu versehen, damit die geschlossenen Betriebe wieder geöffnet und die entlassenen Arbeiter nach Möglichkeit wieder eingestellt werden können.

Von den Reichs- und Staatsbehörden sind schon eine Reihe von Vorschlägen veröffentlicht und auch bereits Maßnahmen zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit getroffen oder in Aussicht genommen worden. Diese Vorschläge und Maßnahmen in die Praxis umzusetzen und ihre schnelle Durchführung zu kontrollieren respektive die Regierungen und behördlichen Organe darin nach Kräften zu unterstützen, müßte eine weitere Hauptaufgabe der Arbeitsgemeinschaft sein. Was bisher der bisherigen Vertretung der einen oder der andern Organisation allein nicht gelungen ist: die einzelnen Angehörigen ihrer Kreise über aufzurichten und ihren Mut und ihre Tapferkeit zu stärken, das wird dem gemeinsamen Vorgehen viel eher möglich sein. In einer Zeit, wo das ganze Volk bereitwillig die notwendige Opfer zur Verteidigung des Vaterlandes bringt, wo die Gewerkschaften ihre ganzen Mittel bereitstellen und die nachbestehenden Arbeiter erhöhte Beiträge leisten, um die Arbeitslosen zu unterstützen, müßten auch die Arbeitgeber bereit sein, selbst mit geringem Nutzen die Produktion wieder aufzunehmen oder den eingeschränkten Betrieb wieder zu erweitern, damit die Konsumtionskraft der arbeitenden Bevölkerung nicht weiter zurückgeht, sondern gehoben wird. Die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft könnte dazu dienen, die Entschädigung des einzelnen Bauers

und des Unternehmers der Arbeiten in dieser Richtung zu erleichtern.

Wir können aber auch nicht warten, bis die mancherlei Maßnahmen der Regierungen von dort aus in Zahlen umgesetzt werden. Die Ereignisse des Tages stellen an die Regierungen und Gemeindevorkaltungen immer neue Aufgaben, welche die Arbeitsleistung der beauftragten Beamten von Industrie und Handwerk bauend gefördert werden, so darf die Initiative nicht den Staats- und Gemeindevorkaltungen überlassen bleiben, sondern es müssen durch die Arbeitsgemeinschaft der beiderseitigen Organisationen fortlaufend die erforderlichen Anregungen gegeben, neue aus der täglichen Praxis sich ergebende Vorschläge unterbreitet und die berechtigten Anforderungen der Gewerksangehörigen immer aufs neue vorgetragen werden.

Das Zusammenwirken der beiderseitigen Organisationen müßte sich natürlich auch darauf erstrecken, die bestehenden Tarifverträge zu schützen, die Auftraggeber von Preisbrücherei und die einzelnen Arbeitgeber davon abzuhalten, daß sie die Langzeit der Zeit zum Schaden der Allgemeinheit dazu ausnützen, die Löhne zu drücken.

Im weiteren war dann gesagt worden, man hoffe, daß der Reichsbund mit einem gemeinsamen Vorgehen einverstanden sei, und in diesem Falle sei wohl ein mündlicher Meinungsaustausch am besten geeignet, die Sache zu fördern.

Der Verwaltungsausschuß des Reichsbundes nahm das Anerbieten der Arbeitgeberverbände an, und danach trat am 13. Oktober Beauftragte beider Gruppen in Berlin zu einer Besprechung zusammen. Das grundsätzliche Einverständnis war bereits vorhanden, so daß es nur bedurfte, sich über den Umfang und die Formen der Arbeitsgemeinschaft zu verständigen. Auch diese Verständigung wurde sehr bald erzielt; sie wurde in folgendem Schriftsatz niedergelegt:

Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Baugewerbe.

Die großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände des Baugewerbes und der Baugewerbe haben am 13. Oktober 1914 in Berlin eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, welche danach streben soll, zur Erhaltung der Volkstapferkeit während des Krieges die barmherzige Bautätigkeit möglichst zu heben. Die Arbeitsgemeinschaft wendet sich zu diesem Zweck an die Behörden des Reiches und der Bundesstaaten und an die Gemeinden mit der dringenden Bitte, die schon beschlossenen Bauten auszuführen und umgehend Mittel für weitere Bauten bereitzustellen. Sie wird ferner bei den in Betracht kommenden kapitalkräftigen Stellen auf eine Erleichterung der Kapitalbeschaffung zur Wiederbelebung der privaten Bautätigkeit hinwirken, und insbesondere den Wiederaufbau der durch den Krieg verfallenen Landessteile anstreben. Sie wird die Behörden erand, von den Unternehmern gewerblicher Arbeiten die Inanspruchnahme der tariflichen und ortsüblichen Arbeitsbedingungen zu verlangen, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhalten; um eine möglichst große Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern Verdienst zu verschaffen, wird es den beteiligten Verbänden anheimgestellt, sich über eine zweckmäßige Verzückung der Arbeitszeit zu verständigen.

Zur Durchführung dieser Maßnahmen bildet die Arbeitsgemeinschaft einen Zentralausschuß, dem fünf Mitglieder des Verwaltungsausschusses des Reichsbundes baugewerblicher Arbeitgeberverbände und fünf Vorstandsmglieder der beteiligten freien, christlichen und kirchlich-Dumderstigen Gewerkschaften angehören. Es wird beabsichtigt, in den einzelnen Provinzen Bezirksausschüsse und in der größeren Arbeitsorten örtliche Ausschüsse in ähnlicher Zusammenfassung zu bilden, welche sich in dauerndem Zusammenarbeiten der Durchführung dieser Maßnahmen widmen werden.

Dem Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände gehören rund 60 000 Arbeitgeber an, den beteiligten Gewerkschaften rund eine Million Arbeiter.

Danach sind also gewisse Ausschüsse als Organe der Arbeitsgemeinschaft vorgesehen, die ihr festbegrenzt Arbeitsgebiet haben. An der Spitze der Arbeitsgemeinschaft steht ein Zentralausschuß, der aus je fünf Vertretern der Arbeiter und Unternehmer besteht und in Berlin, Bernburger Straße 21, eine Geschäftsstelle unterhält, in der Herr Dr. Froehner von Arbeitgeberseite und der Kollege Silberstein von Arbeitgeberseite tätig sind. Außerdem sollen Bezirksausschüsse für die Provinzen Preußens und für die Bundesstaaten gebildet werden. Während der Zentralausschuß neben der Anweisung und Anregung der sonstigen Ausschüsse insbesondere auf die Zentralbehörden des Reichs und Preußens im Sinne des Arbeitsplanes einzuwirken hat, sollen die Bezirksausschüsse vornehmlich bei den preussischen Provinzialbehörden und bei den außerpreussischen Staatsregierungen die durch die Zwecke der Arbeitsgemeinschaft gebotenen Schritte unternehmen. Sie werden sich zweckmäßigerweise auch an die Behörden der Regierungsbezirke wenden, soweit Anlaß dazu gegeben ist.

An dritter Stelle sind Ortsausschüsse vorgesehen, die möglichst an jedem Arbeitsort errichtet werden sollen. Diese Ortsausschüsse sollen die gemeinschaftlichen Beschwerden anregen, Arbeitsgelegenheit zu beschaffen, sie sollen auch versuchen, auf die unteren Verwaltungsglieder (Kreise, Amtshauptmannschaften, Bezirke) einzuwirken, die bekanntlich den größten Teil der öffentlichen Straßen anzulegen und zu pflegen haben. Alle diese Ausschüsse sollen paritätisch zusammengesetzt sein. Arbeiter und Unternehmer sollen in gleicher Zahl zusammenzutreten. Auf Arbeiterseite ist außerdem darauf zu sehen, daß die verschiedenen Gewerbe und Organisationsrichtungen ihre angemessene Vertretung finden, bei der großen Zahl der beteiligten Verbände auf Arbeiterseite wird das immer nur durch Verständigung möglich sein.

Wir haben die Hoffnung, daß die Arbeitsgemeinschaft bei richtiger Auffassung von ihren Aufgaben und bei zäher Verfolgung ihrer Zwecke manches Bessere kann. Man wird darum lebhaft wünschen müssen, daß sich die benannten Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber ernstlich um die Förderung ihrer Aufgaben bemühen.

### Die Lüge als Kriegswaffe.

III.  
Bei allen freilebenden Menschen steht Frankreich in gutem Ansehen. Das ist zurückzuführen auf die vielen Verdienste, die sich das französische Volk seit der ersten französischen Revolution um die Demokratisierung Westeuropas erworben hat. Allerdings wurden diese Verdienste zum großen Teil dadurch wieder aufgehoben, daß Frankreich in den letzten Jahrzehnten die hauptsächlichste Stütze der russischen Korruptionisten und Despoten wurde. Das französische Bürgerturn ist fast geworden, es hat selbst die Herrschaft im Lande übernommen und überläßt nun die Verteidigung der Demokratie dem Proletariat. Ebensovienig wie das offizielle England wird das offizielle Frankreich einen Franz opfern, um in Deutschland der Demokratie zur Herrschaft zu verhelfen. Hätte es Lust zu einer derartigen idealen Aufgabe, so könnte es diese an russischen Wölfe erfüllen. Als der Zarismus vor wenigen Jahren dem russischen Volke Kongelien machen wollte, da war es das französische Bürgerturn, das den heftigen Widerstand die Mittel lieferte, um ihre Schandwirtschaft weiterzuführen können. Diese Tatsachen sind so oft besprochen worden, daß man ihre Kenntnis füglich bei jedermann voraussetzen sollte. Wenn trotzdem in dieser Zeit des Krieges sehr viele Leute, die von sich selbst annehmen, daß sie in politischen Dingen geschult seien, auf die Ukraine hineinsehen, Frankreich künfte, um in Deutschland die politische Freiheit einzuführen, so beweist dies, daß es sehr leicht ist, einer Phrasen durch jahrelange Wiederholung Glauben zu verschaffen.

Wer in den letzten Jahrzehnten die politische Entwicklung in Frankreich beobachtet hat, der mußte zu dem Ergebnis kommen, daß das französische Bürgerturn immer mehr reaktionär wird. Das tritt nicht so auffällig in die Ge-











Bauten und in Wirtschaften das Rechte vertreten. Die Mehrzahl unserer Mitglieder ist sich der Notwendigkeit der außerordentlichen Maßnahmen bewußt; deshalb liegt keine Veranlassung vor, zu beschließen, daß wir die gegenwärtige Krise nicht überleben, oder daß nach ihrer Beendigung das Organisationsleben gefährdet sei. Wenn uns jetzt auch einzelne insofern Mißstimmung den Rücken kehren, so ist dies nicht von allzu großer Bedeutung; denn Leute ohne Solidaritätsgesühl hat es von jeher gegeben und wird es auch später wieder geben. Nicht zutrieben sind unsere Kollegen mit der mangelhaften Unterstützung der Familien der ins Feld gegangenen Kollegen. Gerade jetzt wird in der Tagespresse der Beschluß der Gewerkschaftsvorstände veröffentlicht, daß in Zukunft solche Unterstützungen nicht mehr bezahlt werden sollen. Das trifft die Familien unserer ins Feld gehenden Kollegen sehr hart; denn bei uns hat bis zu der Zeit, wo wir dies schreiben, die Gemeinde für die Familien noch keine Mittel zur Verfügung gestellt. Was der Staat leistet, reicht aber in den meisten Fällen zum Leben nicht aus. Schon bei der Abmeldung waren es immer die Mitgliedsorte unserer Kollegen: „Unterstützt auch unsere Familien!“ Mühsig gehen uns Briefe zu, in denen die Kollegen wegen der Unterstützung anfragen. Von großem Wert wäre es, wenn entweder später den Familien nochmals Unterstützung gewährt werden könnte, oder, wenn das nicht möglich ist, doch wenigstens den Zurückkehrenden. — Die Beitragszahlung könnte im allgemeinen besser sein. Es gibt Kollegen, die mit der Beitragszahlung von einer Unterstützungsperiode zur andern warten. Dies ist der Beweis, daß es an der Agitation auf der Baustelle sehr mangelt. Daher kommt es auch, daß wir viele Kollegen wegen Schulden freisetzen müssen, als sie bei der Mobilmachung die Häuser einliefern. Hoffen wir, daß der Krieg bald beendet sein möge, damit wir dann wieder gemeinsam weiterstreben und uns ein besseres Los erringen können, als es uns heute beschieden ist.

**Zweigeverein Bremerhaven.**

Obwohl wir in andern Orten Deutschlands hat der jetzt tobende Krieg auch gemaltig auf das Erwerbs- und Wirtschaftslieben der Unterwerferte Bremen ergaben. Gestemünde, Lege und ihre Umgebung eingewickelt. Nach einer Stillzeit des Gewerkschaftskartells sind von den 14 000 freigebergschaftlich organisierten Arbeitern, trotzdem über 4000 zum Seereisendienst einberufen wurden, annähernd 2000 vollständig arbeitslos; mehrere Tausend sind unter verletzter Arbeitszeit und vermindertem Einkommen ihr Dasein, während weitere Tausende, die bisher hier Arbeitsgelegenheit fanden, auf Sand oder in andere Städte gezogen sind, um dort ihr Fortkommen zu suchen. Am schwersten leiden unter den gegenwärtigen Verhältnissen die vielen Arbeiter, die bisher im Hafenbetriebe Beschäftigung fanden. Der Krieg hat Handel und Wandel stillgelegt und damit auch den Hafenarbeitern Lohn und Brot genommen. Verhältnismäßig am besten stehen sich die in den Werftbetrieben beschäftigten Arbeiter, da die Werfter der Werften (mit Ausnahme der Firma „Niemens-Reisemühlen“, Schiffswerft und Reederei, die ihre Arbeiter sofort bei Beginn des Krieges ohne Grund aus der Straße setzten und die Löhre der Werft schloß) den Betrieb in vollem Umfang aufrechterhalten. Das Wasser der Unterwerferte ist bisher, abgesehen von der Kopflosigkeit, die in den ersten Tagen nach der Kriegserklärung herrschte und unter der viele Arbeitgeber in dem Glauben, jede Fortsetzung der Arbeit sei zwecklos, die Stilllegung der Werften anordneten, von einer Arbeitslosigkeit in größerem Umfang verschont geblieben. Die Arbeitslosigkeit war noch nach Beginn des Krieges abhängig an, sie ging aber sehr bald wieder fast auf ihre normale Höhe zurück, nachdem die hiesige Arbeiterpresse das Arbeitsverbot zur Besonnenheit zurückgerufen und auf seine Pflichten hingewiesen hatte. Die Mähnung wickte. Auch die Kommunen und die Bundesstaaten Preußen und Bremen besaßen sich auf ihre Pflicht und ließen einige Arbeiten in Angriff nehmen. Sogar kommt noch, daß eine große Anzahl Bauarbeiter bei Befestigungsarbeiten Beschäftigung fanden. Abgesehen davon, daß von den rund 900 Mitgliedern unseres Zweigevereins annähernd 200 Sommer und mehrere Hundert aus andern Gründen verlustig sind, sind die meisten Mitglieder der Organisation in den Städten und ihrer näheren Umgebung zurück zu den. Nicht so erfreulich ist das, was wir von unserm weiter obliegenden Landgebiet berichten müssen. Die von uns mit viel Mühe geschaffene und hochgehaltene Organisation auf der Insel Helgoland ist durch den Krieg vollständig zertrümmert worden. Aus militärischen Gründen mußten alle Zivilpersonen Helgoland verlassen, wodurch selbstverständlich auch unsere Mitglieder, ohne daß es uns gelang, mit ihnen Fühlung zu bekommen, nach allen Himmelsrichtungen zerstreut wurden. Einen eigenartigen Standpunkt nahmen die Mitglieder unserer weit im Lande liegenden Poststellen ein. Nach ihrer Meinung bedeutete der Ausbruch des Krieges das Ende jeder selbständigen Handlung und den Untergang der Organisation. Es bedurfte langer Reden, um sie eines andern zu belehren. Heute lassen sich sie wieder mit den Füßen auf der Erde. Die Notwendigkeit und Pflicht, im eigenen und im Interesse der Organisation den Beitrag pünktlich zu entrichten, haben alle Kollegen eingesehen und kommen ihr ohne Murren nach. Die eingeschriebte Postlandsunterstützung hat sogar manches Mitglied, das vorher etwas im Rückstand mit der Beitragszahlung war, veranlaßt, diesen Mangel schnell zu beseitigen. Von den verhältnismäßig wenigen Kollegen, die bisher die Postlandsunterstützung in Anspruch nahmen, ist ihre Einführung freudig begrüßt worden; sie alle sehen ein, daß das gesamte Unterstützungsproben, das

sich die Gewerkschaften geschaffen haben, unter Verhältnissen, wie sie der jetzt tobende Krieg hervorgerufen hat, nicht aufrechterhalten werden kann, ohne den finanziellen Ruin der Organisationen herbeizuführen. Bedauernd wird allgemein, daß nicht alle freien Gewerkschaften ihr Unterstützungsproben während der Dauer des Krieges in gleicher Weise festgelegt haben. Dadurch, daß dies nicht der Fall ist, ist viel Unmut unter den Mitgliedern und erschwerter Arbeit für die leitenden Personen verursacht worden. — Den Arbeitgebern gegenüber haben wir die vom Verbandsvorstand gegebene Anordnung befolgt: eine bescheidene Spende von uns sofort nach dem Ausbruch des Krieges aufgeben worden. Aber auch die hiesige Arbeitgeberorganisation des Baugewerbes, ist bestrebt, unter allen Umständen den „Burgfrieden“ zu wahren, was aber nicht verhindern konnte, daß zwei ihrer Mitglieder den Versuch machten, aus der gegenwärtigen Lage einen Extraprofit zu ziehen. In dem einen Falle war es eine Stukturefirma, die da meinte, jetzt Rohstoffe vornehmen zu können, die sich aber nach einer ungewissen Zeit wieder in den Händen der Unternehmer, den Karifissen weiterzugeben, während ein anderer Unternehmer, der Betonarbeiter mit Erdarbeiterfähnen absahen wollte, trotz unserer Mahnung durchaus nicht zu bewegen war, seine vertraglichen Pflichten zu erfüllen. In dieser Sache bedurfte es erst unseres Antrages auf Zusammenrufung der Schlichtungskommission. Wahrscheinlich wurden nun dem betreffenden Arbeitgeber von seinen Kollegen die Leuten gelesen, so daß er sich verpflichtete, den tariflichen Lohn zu zahlen, ohne daß die Schlichtungsinanz zummentrat.

So hat der Zweigeverein Bremerhaven alles in allem die beiden Monate seit Ausbruch des Krieges im Vergleich zu andern Orten in jeder Beziehung recht gut überstanden. Leider muß aber die Aufklärung unserer Kollegen herab sinken, den nächsten Zukunft für die Arbeiter der Unterwerferte und vor allem für die Bauarbeiter schlimmere Zeiten bringen wird. Die in Arbeit befindlichen Bauern geben ihrer Wollensutge entgegen; Neuanbau sind nicht in Angriff genommen, auch nicht in Vorbereitung, und der Betrieb am Hafen, in dem der größte Teil unserer Kollegen den Winter über sonst Beschäftigung fand, ruht, wie bereits erwähnt, vollständig. So gehen auch die Arbeiter der Unterwerferte einer traurigen Zukunft entgegen, wenn der Krieg, der schon ungezählte Menschen vernichtet hat, nicht bald ein Ende nimmt. So unwahrscheinlich dies auch augenblicklich scheint, muß man doch hoffen, daß der Friede bald eintritt und daß die Arbeitslosigkeit mit Hunger und Elend im Gefolge keine größere Notbreitung annimmt. Schritt die Kriegsjahre weiter, dann werden Staat und Kommune Mittel und Wege suchen müssen, um das dadurch verursachte Elend zu bannen. Aufgabe der Arbeiter aber wird es sein, treu zur Organisation zu halten, um vereint mit ihren Arbeitsbrüdern allem, was da auch kommen mag, die Stirn zu bieten.

**Bezirk Leipzig.**

Aber die Verhältnisse in den Zweigevereinen des Bezirkes schreitet uns die Arbeitslosigkeit: Der Krieg hat in 44 Zweigevereinen Verarmungsliste weggerissen, und zwar in 17 Vereinen die Vorhändeln, in 19 Vereinen die Kassierer und in 8 Vereinen die Kassierer und Vorhändeln. Diese Listen wurden sofort müßig durch andere Kollegen, die zumest schon früher in der Verwaltung tätig waren, besetzt, so daß eine Stöckung in der Führung der Verbandsgeschäfte nirgends eingetreten ist. Die Beitragszahlung der in Arbeit befindlichen Mitglieder erfolgt regelmäßig. In den Zweigevereinsstellen von Limbach, Zwenkau, Naunhof und Regis wurden Fehlbeträge festgestellt. Bis Ende September wurden von der Bezirksleitung 46 Verarmungslisten abgeholt, die verhältnismäßig gut besetzt waren. Widerspruch wurden die im Verband eingeschriebten besonderen Maßnahmen während des Krieges. Widerspruch hiergegen wurde nirgends erhoben. Die Arbeitslosigkeit ist nicht überall gleich. Am meisten wurde das obere Vogtland betroffen. Hier war die Konjunktur schon vor dem Krieg schlecht; es ist selbstverständlich, daß durch den Krieg fast vollständige Stille eintreten mußte. Im Erzgebirge war die Arbeitslosigkeit weniger schlimm. Zwickau und Leipzig zahlen die Behörden Zuschüsse zu den Postlandsunterstützungen der Gewerkschaften. Diese Behörden sind auch bemüht, Arbeitsgelegenheiten zu beschaffen. Der Rat der Stadt Leipzig hat angeordnet, daß auf seinen Bauten in der Woche in dreitägigen Schichten gearbeitet wird. In den kleineren Orten wird zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit von den Gemeinden fast gar nichts getan. — Im allgemeinen liegt die Privatbau-tätigkeit immer noch darnieder. Bauten, die unter Dach oder erst im Grunde sind, liegen still. Eine Besserung dürfte in diesem Jahre wohl nicht mehr zu erwarten sein.

**Bezirk Magdeburg.**

Von unserer Magdeburger Bezirksleitung erhielten wir über die Verhältnisse im Bezirk folgenden Bericht: Als am 31. Juli der Kriegszustand verhängt wurde, rief das keine Uebererzeugung mehr bei uns hervor. Seit mehreren Tagen hatten wir damit gerechnet und uns sogar auf Dinge vorbereitet, die nachher nicht eintreten. Mühsen wir uns doch sagen, daß hier, wo Partei und Gewerkschaft für einen großen Teil der Hauptquartiere aufgeschlagen haben, wo nicht die geringste Spur von Kriegsbegeisterung vorhanden war, förmlich ein „Friedensfest“ unserm Wirten ein Ziel setzen konnte. Das der Fortschritt unserer Organisation nicht nur vom Willen unserer Mitglieder abhängt, sondern auch von der Zeit und ersten Augenblicke wieder und wieder erörtert worden. Auch heute noch sind wir der Meinung, daß in dieser Beziehung noch nicht aller Lärm ist. Ein Vor- ist derjenige, der da annimmt, daß der jetzige „Burgfriede“

von Dauer sein könnte. Jetzt freilich, wo mit der Gesamtarbeiterkraft auch Tausende unserer Kollegen im Felde stehen, wo auch viele Unternehmer mit ihnen gemeinschaftlich die Bauen zu erhalten, da hat es den Anschein, als ob es immer so bleiben würde. Wie sah es aber in den ersten Tagen der Mobilmachung aus? Selbst da, wo nicht die geringste Veranlassung dazu vorlag, wo Baumaterial in Gütle und Fülle vorhanden war, ließen die Unternehmer in vielen Orten die Arbeit sofort einstellen. Auch Lohnreduzierungen wurden in einzelnen Fällen angebrocht; dann aber, weil die Organisation schon eingetreten, so ist auf unsern Einspruch nachgezogen worden. Nur in Seehausen (Altmark) ist der Unternehmer Krüger nicht zu bewegen, den Tariflohn zu zahlen. Auch der Geschäftsführer des in der Front stehenden Unternehmens „Engel“ in Radegeß hat eine Lohnreduzierung von 1/4 noch immer nicht zurückgenommen. Vielleicht gibt es auch noch einige andere Unternehmer, die ebenfalls vorziehen, jetzt Vorteile einzuflechten. Im ganzen ist aber die Organisation der Unternehmer bestrebt, den Tariflohn aufrechtzuerhalten. Wo es aber nicht und wo mangelhafte Berichterstattung unserer leitenden Kollegen zurückzuführen. Auch bei der Arbeitsvermittlung ist paritätisch gearbeitet worden. Die Unternehmer haben, nachdem die erste Uebererzeugung vorüber war, das Gleichgewicht wieder gefunden und die eingeschalteten Arbeiter wieder weiterführen lassen. Sie haben auch bei Staat und Gemeinde angetreten, neue Arbeiten in Angriff zu nehmen. Wo Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von den Behörden nicht in Angriff genommen werden sollten, hat das auch in Unternehmertum schärfste Mißbilligung gefunden.

Die Zahl der Arbeitslosen, die in den ersten Kriegswochen ganz bedeutend in die Höhe gegangen war, sank allmählich. Die höchste Durchschnittsarbeitslosigkeit im Bezirk war 14 pZt. Wenn die Arbeitslosigkeit gegenüber unangehörig die Hälfte niedriger ist, so ist das unter anderem auch darauf zurückzuführen, daß in einer ganzen Reihe von Orten (Bismarck und Vangerode) errichtet werden. In diesen Orten sind Zimmerleute ist, sind unsere Kollegen mit diesen Arbeiten herangezogen worden. Klein am dem Truppenübungsplatz Altengrabow werden 90 Baracken aufgeführt. Leider werden in den verbleibenden Baracken die Wohnungen sowohl zum Aufbau als auch zu den Vorbereitungsarbeiten bei den Barackenbauten mit herangezogen. Auch in der Zuckersorten sind viele Kollegen untergekommen. Einige dieser Fabriken haben auch Bauarbeiten ausführen lassen. Da der Zuckersort nach dem Auslande strom, mußten schleswig Lübbensarbeiter freigegeben werden. Alle diese Arbeiten sind aber nur von kurzer Dauer. Es macht sich daher auch schon wieder eine Steigerung der Arbeitslosigkeit bemerkbar. Diese Steigerung wird zweifellos weiter anhalten; denn in der eigentlichen Landwirtschaft kommen jetzt beim Aufnehmen der Mägen, Lindorten um abzunehmende Arbeitskräfte aus dem Baugewerbe zur Verwendung, wie das bei der Abnahme der Balken war. Der Vorbehalt mancher Agrarier mit den richtigen Worten zu fernsichtigen, ist zurzeit unmöglich. Uns sind Fälle mitgeteilt worden, wo den sich anbietenden Arbeitskräften, wenn sie sich erkundigten, ob sie auch den ordentlichen Lohn erhalten würden, entgegengeantwortet wurde: „Ihr kommt noch und freßt uns aus der Hand!“ In der Salzfischen Ögend sollen Kollegen von uns dieses Kürtzen in ihrer Entrüstung mit einer Portion „gebrannter Mische“ gelohnt haben. Es das beßere gewirkt hat, ist uns unbekannt geblieben. In der Naumburger Ögend haben sich die Bauern ihre Ernte einbringen lassen; als aber die Zeit der deren Abholung gekommen war, sagten sie den Arbeitern: „Wir haben Euch doch nicht gerufen, halt Euch den verbleibenden Lohn von dem, die Euch hierhergeschickt haben.“ Eine schlimmere Ausbeutung der Kriegslohn läßt sich wohl kaum denken. Ob der preussische Landtag in der kurzen in Aussicht genommenen Verfassung die Frage der Fortsetzung des Mittelstandes als erstes erörtert wird, ist noch sehr zweifelhaft. Wie notwendig und wertvoll diese Kanal gerade während der Kriegszeit für den Transport von Waren wäre, ist ja in der letzten Zeit in der Presse vielfach erörtert worden. Während die Strecke von Hannover bis Magdeburg noch während der Kriegszeit in Angriff genommen, dann würde das die sich zum Winter steigende Arbeitslosigkeit ganz bedeutend zurückdrängen. Auch der Ahlfeldische Kanal kann noch ganz erheblich zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit beitragen. Für das in Dessau zu erbauende große Ministerialgebäude sind die Arbeiter von Landlag schon beschäftigt. Die Baugrube ist ausgehoben, die Maurerarbeiten, dem die Aufschichtung der Arbeiter übertragen war, wurde eingezogen, die Fortsetzung der Arbeiten daraufhin eingestellt. Mindestens 100 Maurer mit Hilfskräften könnten hier beschäftigt werden. Aber auch hier viele andere Sandarbeiter würde die Förderung dieser Baues Befreiung aus der augenblicklichen Notlage bedeuten. Die Privatbauwirtschaft wird wohl auch nicht wieder in dem Maße in Fluß kommen, was das notwendig wäre. Die Landesversicherungsanstalt Zwickau-Anhalt hat wohl, wie das auch schon im „Grundstein“ erwähnt wurde, den Beschluß gefaßt, vier Millionen Mark zur Behebung der Baukrise zur Verfügung zu stellen. Es scheint aber, als wenn da lange Wochen vorübergehen werden, bevor der Beschluß praktisch zur Geltung kommt. In Magdeburg, wo die Versicherungsanstalt schon seit langem (letzten Kapitulation für Arbeiterwohnungsfrage zur Verfügung stellt, ist gerade da, wo wir bestimmt wissen, daß Arbeiter der Versicherungsanstalt angelegt sind, alle Bauarbeiten eingestellt.

Wegen der Schaffung von Arbeitsgelegenheit ist es eine sehr wichtige Aufgabe der Kommunen, dafür zu sorgen, daß für jene, die trotz aller Bemühungen auf dem Arbeitsmarkt nicht unterkommen können, die durch die Arbeitslosigkeit geschaffene Notlage nach Kräften gemildert wird. In einigen Orten haben denn auch die Stadtvorstellungen, dem Beispiele der Gewerkschaften folgend, eine Unterstüßung für den Fall der Arbeitslosigkeit eingeführt. Halle zählt jedoch keine Unterstüßung, der aus einer Gewerkschaft oder von anderer Seite eine nicht öffentliche Unterstüßung nicht mehr als M. 4 pro Woche beträgt, 100 pBt., bei M. 6 50 pBt. und bei mehr als M. 6 25 pBt. Für jedes Kind unter 15 Jahren zählt die Stadt außerdem noch M. 1 pro Woche. Ueber M. 12 darf aber die Gesamtunterstüßung nicht hinausgehen. Die Auszahlung der städtischen Unterstüßung erfolgt nur auf dem schriftlichen Arbeitsnachweis. Derselbe zählt eine wöchentliche städtische Unterstüßung von M. 4, wenn ein Kind, von M. 6, wenn zwei Kinder, und von M. 8, wenn drei und mehr Kinder zu verpflegen sind. Den gewerkschaftlich Organisierten, die aus ihrer Organisation Unterstüßung erhalten, wird die Hälfte dieser Sätze gezahlt. In der Auszahlung liegt in den Händen der Gewerkschaften. In der Höhe beträgt die Unterstüßung wöchentlich M. 4, für jedes Kind M. 1. Wer aus einer gewerkschaftlichen Organisation Unterstüßung erhält, bekommt nur 50 pBt. dieser Sätze. Ueber M. 12 darf die Gesamtunterstüßung nicht betragen. Den Verwunden der Schutzmannschaft, Lederarbeiter und Holzarbeiter ist die Kontrolle und Auszahlung der Unterstüßung für ihre Mitglieber von der Stadt übertragen. Alle übrigen Berufe unterstehen der Kontrolle des städtischen Arbeitsnachweises. Die Provinzial-Arbeitsnachweise sind in Halle bisher nicht dazu aufgefunden. Am 1. September beschäftigte sich hier die Stadtvorstellung mit der Unterstüßung eines Barunterstützung zu gewähren. Am 1. September beschäftigte sich hier die Stadtvorstellung mit der Unterstüßung eines Barunterstützung zu gewähren. Am 1. September beschäftigte sich hier die Stadtvorstellung mit der Unterstüßung eines Barunterstützung zu gewähren.

weitere von einer Million Mark durch einen früheren Halberstädter verneht würde, zur Errichtung eines Waisenhauses. Das Projekt liegt den Stadtvorstellungen in der nächsten Sitzung vor. Wir vermuten erst, daß mit der Arbeit als Oberbürgermeister an die bisherigen Zeitungen eines andern nicht vor dem 1. Januar genehmigt werden. Das sind Beginn neuen Ausflüssen für unsere Kollegen. — Was die Organisationsfähigkeit anbelangt, so scheint nach der Zeit der allgemeinen Aufregung jetzt allmählich eine Milderung der Besonnenheit einzutreten. Die Verhältnisse sind hierfür geschaffen. Es werden Kanalisationsarbeiten ausgeführt, die unteren Kollegen die Tätigkeit für die Organisation zur Pflicht machen. Die Tätigkeit wird sich schon bemühen, unter den Erdbauarbeiten (48 A pro Stunde) gegenüber denen der Bauarbeiten (48 A pro Stunde) sind nur auf die unorganisierten Erdbauarbeiter selbst zurückzuführen. Suche deshalb ein jeder nach seinen Kräften für Abhilfe mitzuführen.

**Zweigverein Giebichenheim.**

In unserm Zweigverein hat die Arbeitslosigkeit von Mitte September an bedeutend abgenommen. In der Stadt sind nur noch 7, auf dem Lande 18 Kollegen arbeitslos. Auf unser Vorkleidwerden beim hiesigen Magistrat hat dieser Notstandarbeiten eingerichtet, bei denen ein großer Teil unserer Kollegen Arbeit gefunden hat. Als die Notstandsarbeiten eingestellt werden sollte, haben wir unsern Tarifvertrag eingeklagt, der für Arbeiter einen Stundenlohn von 47 A und für Lehrling 49 A vorseht; der Magistrat hat dann einen Stundenlohn von 45 A bei den Notstandsarbeiten festgesetzt. Es wird aber täglich nur noch sechs Stunden gearbeitet. In den städtischen Betrieben wird sonst bei städtischen Arbeiten Wasser- und Gasleitungen, Kirchenreparaturen und Kanalisation) nur 35 bis 37 A Stundenlohn gezahlt. Andere Kollegen haben bei der Brückenbauarbeiten Arbeit gefunden. Sie bekommen dabei einen Stundenlohn von 40 A und haben täglich acht Stunden Woche. Die städtischen Kollegen haben auch mehrere Arbeitgeber des Bauwesens eingeführt, und unsere Kollegen (Maurer) haben im Höchstmaß bis M. 3,50 täglichen Verdienst. Bei diesem Verdienst zahlen sie nur 50 A Beitrag. Die von den Kollegen des roten Kreuzes werden wir mit, so daß wir die Frage der Beschäftigung einigermaßen sozial entschieden eingeklagt haben. Die auf dem Lande wohnenden Frauen der eingeklagten Kollegen auch heute noch über die Auszahlung der Sätze und Gemeindefürsorge. Kürzlich waren Frauen von Kollegen hier, die schon fünf Wochen eingeklagt waren und noch keinen Pfennig Unterstützung bezogen hatten. Wir sind mit ihnen zum Landrat des betreffenden Kreises gewesen und es wird hoffentlich eine Änderung eintreten. Von privater Seite erhalten die Frauen unserer Kollegen fast gar nichts; eine einzige Firma (Wenig) zahlt an die Frauen von drei Eingeklagten des Geschäftes M. 2 die Woche. Die vorhandenen Arbeitsstellen haben die allergrößte Not anzustellen. Mit den meisten Mägen Unterstüßung, die sie von uns bekommen können, ist nicht zu ansprechen. Wir haben mit dem Oberbürgermeister darüber gesprochen. Er gibt zu, daß hier etwas geschehen müßte, will aber doch nicht so recht an die Aufgabe heran. Dagegen zahlt die Stadt für jede Frau, deren Mann eingeklagt ist und die durch das rote Kreuz unterstüßt wird, eine Miteunterstützung von M. 15. Leider wird jetzt durch Damen des roten Kreuzes versucht, einigen Frauen diese Unterstüßung nicht zukommen zu lassen, obwohl bei der Unterredung mit dem Oberbürgermeister betont worden ist, daß diese Unterstüßung für alle Frauen, die durch das rote Kreuz Unterstüßung erhalten, gilt. Wir rechnen damit, daß diese Unterstüßung auch zum 1. Januar und 1. April 1915 gezahlt werden wird.

**Zweigverein Dortmund.**

Durch den Krieg ist auch unser Zweigverein bedeutend zurückgegangen. In der letzten Hälfte des zweiten Vierteljahres hat sich die Beschäftigung gemallt, und wir wären, wenn der Krieg nicht demüßigend gekommen wäre, in diesem Jahr auf weit über 3000 Mitglieder gekommen. Infolge der vorhandenen Wohnungsnot in der Stadt sowie auf dem Lande wurde stark gebaut. Der Spar- und Bauverein Dortmund hatte über 50 Bauten angefangen. Auch eine stark Privatbautätigkeit fand Eingang. Dazu kamen noch mehrere große Schulen, eine Kirche, zwei Pfarrhäuser und andere Kommunalbauten. Auch in den anderen Orten des Zweigvereins, wie Lünen, Hagen, Hagen, Hagen, wurde stark gebaut. Sehr viele Kolonien für Jochen und auch städtische Fabrikantenanlagen waren im Bau. Durch die Kriegserklärung kam alles zum Stillstand. Erst Anfang Oktober wurden einzelne Bauten wieder weitergeführt. Nach einer Zeit hat der Stadt Dortmund aufgenommenen Statistik liegen von 51 Schulen und Geschäftsbauwerken, dazu noch die angefangenen Schulen, Fabrikanlagen usw. Auch die Fabrikantenanlagen in Lünen und der großen Kolonien in Hagen und Hagen liegen still. Fast überall fehlt es an Baugeld. Sogar die Kolonianten der Gewerkschaft Witter in Hagen liegen still, weil die ausführenden Bauunternehmer kein Geld mehr von der Bodenverwaltung bekommen. Die Arbeitslosigkeit macht sich bei uns noch nicht stark bemerkbar. Es ist uns möglich gewesen, die entlassenen Kollegen rasch wieder in Arbeit zu bringen, so daß vorläufig nennenswerte Unterstüßungen nicht gezahlt werden. Fast 800 Kollegen sind zur Fabrik einberufen. Da keine sehr viele Kollegen bei der Unterstüßung in ihre Heimat abgereist sind, so ist das

Ueberangebot von Arbeitskräften nicht groß. Mit den Vertretern der Stadt und auch mit den Unternehmern des Bauwesens haben wir verschiedene Sitzungen gehabt, um über Notstandsarbeiten und Verlegung der Arbeitszeit zu beraten. Von einer Verlegung der Arbeitszeit ist vorläufig Abschied genommen worden, da die Arbeitslosigkeit augenblicklich noch nicht so groß ist und in den nächsten Wochen die Arbeitszeit sowie vorzuziehen wird.

Im allgemeinen zahlen die Unternehmern die vertraglich Sätze. Nur ein Unternehmer, Ingenieur Weber, verweigert sich eine Wille bei der Gartenstadt Westfalenbahn bauen. Sein Bau wäre „Notstandsarbeiten“, meinte er. Nach drei Wochen bequeme er sich wieder zur Zahlung des Tariflohnes. Die Jollerfirma Wiffig Dortmund hat die Höhe um 10 pBt. gekürzt mit der Begründung, die Unkosten im Geschäft seien jetzt zu groß; auch wollte sie keine Arbeiter entlassen. Von den 10 pBt. sollten auch die Frauen der im Felde stehenden Arbeiter und Angestellten eine Unterstüßung erhalten. Alle Einwendungen der Arbeiter und der Verbandsleitung haben bis jetzt nicht vermocht, den Geschäftsführer der Firma zu bewegen, den Antrag fallen zu lassen oder herabzusetzen. Da der Jollervertrag abgelaufen ist, werden wir später ein recht ernstes Wort mit der Firma wegen ihres Vorgehens reden. In den ersten Wochen des Krieges waren viele Kollegen nicht geworden. Manche waren der Meinung, sie brauchen während des Krieges keinen Beitrag zu zahlen. Andere erklärten, der Verband sei nun doch kaputt. Die Verbandsgelder seien beschlagnahmt und verloren. Noch mehr derartige dumme Meinungen wurden verbreitet. In der letzten Zeit hat sich der größte Teil der Kollegen ergeben, und die Kollegen zahlen zum größten Teile ihre Beiträge weiter. Unzufriedenheit hat auch die Maßnahmen des Roten Kreuzes hervorgerufen, wonach die ledigen Kollegen keine Unterstützung erhalten sollten. Nach dem neuen Befehl, daß auch ledige Kollegen die Notunterstützung bekommen, hat sich die Unzufriedenheit gelegt. Die Frauen der Kollegen, die im Felde stehen, waren der Ansicht, daß eine monatliche Unterstüßung für sie festgesetzt würde. Wir haben versucht, ihnen klarzumachen, daß die Kollegen, die in der Folgezeit monatlich arbeitslos sind, sich schlechter dastehen, weil sie von niemand als vom Roten Kreuz Unterstützung erhalten. — Am Schlusse des zweiten Vierteljahres hatten wir im Zweigvereinsgebiet 2769 Mitglieder. Davon sind über 800 zum Krieg eingezogen, wovon 350 verheiratet sind. Fast 700 Kollegen sind bei der Mobilmachung abgereist, ohne sich abzumelden. Einige Kollegen, die den Wert der Organisation noch nicht erkannt haben, weigern sich, weiter Beiträge zu zahlen. Unsere Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig rund 1250. Alle Verbandskollegen, die noch nicht zum Militär einberufen sind, sollen in der nächsten Zeit alles daransetzen, die Organisation hochzuhalten, die Stämmigen und Gleichgültigen aufzurufen, damit keiner faulheitsfähig wird. Nach wie vor wird der Verband notwendig sein, um die Sätze und Arbeitsbedingungen zu regeln. Wegen der Arbeitern des Bauwesens, wenn der Deutsche Bauarbeiterverband später den bisherigen Einfluß nicht mehr hätte!

**Zweigverein Barmen-Oberfeld.**

Die Mobilmachung hat auch auf das Organisationsleben unsern Zweigvereins nachteilig gewirkt. Gerade als sich hier die Rüsttätigkeit belebte, kam der Krieg. Die Folge war ein Hin- und Her mit Geldinstituten. Diese zahlten die Guthaben ihrer Gläubiger in Papieren aus, wodurch das Wechselgeld fehlte und sehr viele Unternehmern nicht in der Lage waren, die Höhe rechtzeitig auszugeben. Bei Beginn der Militärtransporte flokte sofort der ganze Güterverkehr und somit auch der Materialtransport, auf den hier das Baugewerbe in hohem Maße angewiesen ist. Die Folge war die sofortige Stilllegung aller größeren Bauten, teilweise auch das Arbeiten in halben Tagesschichten. Zum Febr. wurden bis zum 17. August 457 Kollegen eingezogen. Die ausständigen Kollegen, hauptsächlich Deutscher und Italiener, mußten abreisen, so daß die Mitgliederzahl, die vor der Mobilmachung 2160 betrug, auf etwa 1000 sank. Von diesen war fast die Hälfte arbeitslos. Andere arbeiteten mit verkrüppelter Arbeitszeit, so daß bei den juristisch lebenden Kollegen Not, Elend und Miskant eintraten.

Stadt und Kommune versuchten die Notlage durch allehand Maßnahmen nach Möglichkeit zu lindern. Die Städte Barmen und Oberfeld stellten nicht bloß für die Kriegsteilnehmer, sondern auch für die Arbeitslosen eine Unterstüßung ein. War offen aber war man sich darüber einig, daß die beste Unterstüßung Arbeitsgelegenheit ist. In Oberfeld sollte die Arbeit am Schloß und Viehof weitergeführt werden. Leider konnten diese Arbeiten nicht in dem Maße gefördert werden, wie es im Interesse der Arbeitslosen erforderlich gewesen wäre. Günstigste waren die Hilfswärter des bauteilenden Architekten zum Febr. einberufen, andererseits war es der Materialmangel, da die meisten Baustoffe (Sand, Kalk, Kies, Zement usw.) von auswärts bezogen werden mußten und der Gütertransport mehrmals fast gänzlich eingestellt wurde. Auch die Kleinwohnungsabteilung an der Schloßstraße wurde zum Febr. eingestellt, einseitig aus finanziellen Gründen, andererseits spielte auch hier der Materialmangel eine Rolle. Inzwischen hat sich die Lage etwas gebessert, ist aber noch keineswegs beseitigt. Schon im Frühjahr und besonders im Vorfrühjahr war in den beiden Schloßwärters die Konjunktur schlecht, ebenso in Barmen. In Schwelm, Langenberg und Mönchhof waren bei Ausbruch des Krieges die besten Aussichten vorhanden. Diese sind für die nächste Zeit erheblich geschwunden. In Barmen geht der neue Rathausbau auch nicht recht vorwärts, während die Privatbautätigkeit fast vollständig ruht. Notstandsarbeiten



